

TA vom 15.06.2004

Demoskopen haben viele Erklärungen für die Unterschiede zwischen Umfragewerten und Wahlergebnis parat

Der ostdeutsche Wähler bleibt ein Phänomen. Den Demoskopen jedenfalls ist es auch vor der Thüringer Landtagswahl nicht gelungen, das Wahlergebnis mithilfe ihrer Umfragen relativ genau vorherzusagen. Vor allem die Resultate von SPD und PDS überraschten auch sie. Mit den vielen Nicht- und Protest-PDS-Wählern hatten sie nicht gerechnet.

Von Kristin Kaiser

Es schien ja alles so logisch. Schwer hätten es, erklärte Henry Kreikenbom, die Umfrageinstitute vor allem bei kleineren Parteien. Denn viele Wähler würden diese zwar erst in Umfragen favorisieren, letztlich aber doch nicht wählen (aus Angst, ihre Stimme zu verlieren, machten sie ihr Kreuz bei einer großen Partei). Das sagte der Geschäftsführer der Weimarer Agentur für Markt- und Sozialforschung etwa elf Tage vor der Wahl.

Dann kam der Wahlsonntag und wäre es nur so gewesen, dass es die Grünen entgegen einiger Umfragen nicht in den Landtag geschafft hatten, hätten die Demoskopen wieder ganz zufrieden sein können.


Doch der Sonntag war auch der Tag des SPD-Absturzes und der des PDS Aufstiegs.

Das Protestwählerphänomen haben wir unterschätzt muss Kreikenbom nun eingestehen. Dass es die Thüringer Sozialisten auf Platz zwei schaffen würden, hatten weder die Experten von etwa noch die von infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen vermutet. Sofort denkt Kreikenbom wieder an die letzte Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, ebenfalls ein Debakel für die Demoskopen: Statt der vorhergesagten zwei bis vier Prozent errang die DVU dort zwölf Prozent. Wer dem politischen System weh tun will, wählt extrem rechts oder die PDS, so der etwa-Chef.

Vor allem SPD-Sympathisanten seien aus Frust zur PDS gewechselt, meint Matthias Jung, Leiter der Forschungsgruppe Wahlen. Wir haben die politischen Träger durchaus korrekt getroffen, fügt er an, fast entschuldigend.

Der ostdeutsche Wähler lässt sich eben nicht festlegen auf eine bestimmte Partei, das macht die Arbeit für Demoskopen so unberechenbar. Eine Milieugebundenheit gebe es in Thüringen höchstens noch (abgesehen von der CDU im Eichsfeld) bei der PDS, sagt Kreikenbom. Die Thüringer Christdemokraten insgesamt könnten nur auf einen Grundstock von Sympathien bauen. Immerhin, das erklärt die relativ nah am Wahlergebnis stehenden Umfragewerte.

Für die Differenzen zwischen Umfragewerten und Wahlergebnis bei PDS und SPD werde das Protestwähler-Phänomen überstrapaziert, meint Forsa-Geschäftsführer Manfred



Güllner: Das war nicht nur ein Plebiszit gegen Rot-Grün in Berlin. Vor allem sei der Stimmenzuwachs dem gelungenen Auftritt von Spitzenkandidat Bodo Ramelow zu verdanken. Nicht ohne Stolz verweist Güllner auf seine Umfragen, die die Sozialisten als zweitstärkste Partei in den Landtag einziehen sahen. Bei der SPD allerdings lag Forsa 5,5 Prozent daneben. Noch schlimmer erging es approxima (9,5 Prozent), der Forschungsgruppe Wahlen (7,5 Prozent) und infratest dimap (6,5 Prozent).

Die ungewöhnlich hohen Unterschiede einen die Experten wie auch die Meinung über deren Hauptursache. Nichtwähler heißt der Schuldige, in Thüringen ist das fast jeder Zweite. Mit so vielen hätte niemand in Thüringen gerechnet. approxima war von maximal 35 Prozent Wahlverweigerern ausgegangen. In Umfragen meint ein großer Teil, dass es sich gehört, wählen zu gehen, spricht Matthias Jung das Problem der sozialen Erwünschtheit an. Der Befragte sagt in einer Umfrage demnach das, was er für gesellschaftlich akzeptiert hält (nicht aber das, was er denkt).

Als ebenso unschick wie das Nicht-Wählen gelte, die PDS zu wählen. Viele nennen deswegen erst mal die SPD, so der Weimarer Experte Kreikenbom. Um trotzdem der Wahrheit nahe zu kommen, fragen Demoskopien den Bürger auch danach, welche Partei er sympathisch findet. Wenn der trickst, kann das auch ein bisschen der Demoskop tun. Dennoch, eine Hürde scheint für die Umfragenexperten unüberwindbar aufgebaut von jenen, die zwei Wochen vor der Wahl wirklich noch anders wählen würden als zum Wahlsonntag selbst. Mindestens jeder dritte entscheide absolut situativ, mitunter aus dem Bauch heraus, schätzt Henry Kreikenbom. Manchmal ist ein Parteiplakat auf dem Weg zum Wahllokal ausschlaggebend. Dann jedoch sind Umfragen tabu: Gemäß einer informellen Vereinbarung dürfen drei Tage vor der Wahl keine Umfrageergebnisse mehr mitgeteilt werden.

Wissenschaftlich greifbare Ergebnisse zur Frage, ob veröffentlichte Daten das Wahlverhalten beeinflussen, gibt es zwar nicht. Doch sind sich die Experten einig, dass Politiker die Umfragen im Wahlkampf instrumentalisieren. Bis zuletzt.